

Fauler Kompromiss im Trassenpoker ist Rückschlag für dezentrale Bürgerenergiegewende in Bayern

BUND Naturschutz kritisiert Einknicken des Ministerpräsidenten Horst Seehofer vor der europäischen Kohle- und Atomstromlobby

„Das „Ja“ von Ministerpräsident Horst Seehofer zum Bau neuer Höchstspannungsleitungen bedeutet ein „Nein“ zur dezentralen Energiegewende von BürgerInnen und Kommunen“, kritisiert BN-Landesvorsitzender Hubert Weiger den zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Ministerpräsident Horst Seehofer ausgehandelten Trassendeal.

„Das Einknicken von Seehofer ist ein Rückschlag für die dezentrale Energiegewende in Bayern“, so Weiger weiter. „Der Nachweis für die Notwendigkeit neuer Stromautobahnen wurde bislang nicht erbracht. Es drohen Milliarden Euro teure Fehlinvestitionen und eine Subvention von Kohle- und Atomkraftwerken im europäischen Stromverbund. Deswegen werden wir weiter für die dezentrale Stromerzeugung, den Leitungsausbau im regionalen Stromverteilungsnetz und gemeinsam mit den Bürgerinitiativen gegen die geplanten Stromautobahnen kämpfen“, so Richard Mergner, BN-Landesbeauftragter.

Einziges Lichtblick für den BUND Naturschutz sei die Ankündigung der Erhöhung von Geldern für Energiesparmaßnahmen und Kraft-Wärme-Kopplung, die der BUND Naturschutz seit Jahren und zuletzt im Energiedialog gefordert hat.

Für Rückfragen:

Richard Mergner, BN-Landesbeauftragter Tel. 0171-6394370

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 2.07.2015

PM 060-15/LFG

Energie